

---

Wolfgang Gerhardt

## **Liberale wollen unser Land voranbringen**

---



*Dr. Wolfgang Gerhardt, geb. 1943 in Ulrichstein-Helpershain, Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik in Marburg, von 1987 bis 1991 Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellv. Ministerpräsident, seit Oktober 1994 im Deutschen Bundestag, 1995 bis 1998 Bundesvorsitzender der FDP, seit Oktober 1998 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion.*

---

### **Bildung**

Wir stimmen der Analyse des DGB zu: Bildung ist der wichtigste Rohstoff für die Zukunft unseres Landes. Bildung ist das Kapital, ohne das die materielle Grundlage unseres modernen Sozialstaates verloren geht. Eine Wende im Stellenwert von Bildungspolitik ist überfällig. Noch nie konnte jedoch ohne die Bereitschaft zu investieren Grundlegendes verändert werden. Wenn es nach der FDP geht, gilt: Der Anteil der Bildungsausgaben wird erhöht. Investitionen in Bildung und Forschung erhalten Vorrang in den öffentlichen Haushalten. Von allen, die daran wirklich interessiert sind, erwarten wir Vorschläge zur Finanzierung.

Wir fordern konkret: Eine Halbierung der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle bis 2005 und ein Ende der Subventionierungen 2006 würde z. B. 6,6 Milliarden Euro für Investitionen in die Bildung ermöglichen. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass in Deutschland ausgerechnet das Prinzip der Chancengleichheit in schwerwiegender Weise verletzt wird. Chancengleichheit am Start ist aber eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie, und sie muss, soweit es geht, auch für Kinder aus Migrantenfamilien und sozial schwachen Verhältnissen gelten. Bildung demokratisieren heißt für die FDP deshalb vor allem: Chancengleichheit herstellen.

Einige wichtige Forderungen der FDP sind in diesem Zusammenhang: Aufwertung der Kindergärten und Kindertagesstätten zu Orten mit einem ersten Bildungsauftrag, Förderung der Kenntnisse der deutschen Sprache und der sprachlichen Kommunikation, Einhalten einer gesunde Balance zwischen Spielen, Bewegen und Lernen, Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Erzieher und Erzieherinnen, Erweiterung des Betreuungsangebotes für Kinder unter drei Jahren und für Grundschulkindern, die Förderung von Kindern in den Tageseinrichtungen und der Tagespflege, mehr Geld für die Grundschule. Im Kindesalter bietet sich noch die beste Chance, durch Förderung Defizite auszugleichen. Wir wollen eine schnelle Ausdehnung des Angebotes an Ganztagschulen. Wir wollen die Ganztagschule

nicht als Fortsetzung der Vormittagsschule mit anderem Etikett, sondern mit einem guten Angebot an Hausaufgabenstunden, an Förderkursen auch für besonders Begabte, mit Arbeitsgemeinschaften in Musik, in Kunst, im Theaterspiel und in Sport. Wir wollen, dass diese neuen Ganztagschulen sich in ihre Gemeinde hinein öffnen und sich mit den Vereinen, Jugendmusikschulen oder anderen Initiativen, die Jugendarbeit anbieten, vernetzen.

Die Reform der beruflichen Bildung hat für den DGB wie für die FDP einen hohen Stellenwert. Eine starre Berufsausbildung entspricht nicht mehr den dynamischen Entwicklungen in der heutigen Arbeitswelt. Eine Strukturreform ist notwendig. Grundlagenwissen, spezielles Fachwissen und lebenslange Weiterbildung müssen miteinander verzahnt werden. Fremdsprachenkenntnisse müssen an Bedeutung gewinnen. Jugendliche mit schlechten Startchancen, Ausbildungsberufwechsler, Ausbildungsabbrecher und erfolglose Prüfungsteilnehmer haben in unserem System bisher zu wenig Möglichkeiten, sich dennoch erfolgreich ins Berufsleben einzugliedern. Die FDP schlägt eine Differenzierung und Verkürzung, in besonderen Situationen eine Verlängerung der Ausbildungszeiten vor. Diese Ausbildungszeiten setzen bausteinartige Ausbildungsangebote voraus (Modulsystem „LE-GO!“ = Learn and Go!). Die fachliche Qualifikation ist dabei der Kern der Ausbildung und wird ergänzt durch die Vermittlung von Sozial- und Methodenkompetenzen. Die Bausteine sollen gegebenenfalls auch zeitlich versetzt und an verschiedenen Ausbildungsorten absolviert werden können. Insgesamt sind die Belange von Jugendlichen mit schlechten Startchancen stärker als bisher zu berücksichtigen. Die in einigen Berufen schon erfolgreich eingeführte Stufenausbildungen (Maler/Lackierer usw.) mit ihren Teilqualifikationen sind bereits gute Anfänge. Ein lebenslang gültiger Ausbildungspass, in den der europäische Ausbildungspass integriert würde, böte für ältere und einfach qualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitslose die Chance, ihre Qualifikationen zu steigern und den Anforderungen einer sich wandelnden Berufswelt zu genügen. Auf die Qualität der Weiterbildungsangebote muss in besonderer Weise geachtet werden.

### **Familie und Beruf**

Der negativen Bilanz der Gewerkschaften hinsichtlich der (Un-)Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ist aus Sicht der FDP leider zuzustimmen: Die institutionellen Rahmenbedingungen, um Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren, sind in Deutschland - gerade im europäischen und internationalen Vergleich - äußerst unbefriedigend. Dies ist einer der Hauptgründe für die geringe Erwerbsquote von Frauen.

Die verstärkte und dauerhafte Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt ist aber nicht nur politisch gewollt, sondern zunehmend wirtschaftlich erforderlich. Aus familien- wie auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es wünschenswert, dass gerade die heute zahlreichen hoch qualifizierten Frauen Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen die Entscheidung für Kinder erleichtern. Die höhere Ausschöpfung des Beschäftigungspotenzials von Frauen zur Behebung von Personalengpässen erfordert u.a. eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht nur Mütter, sondern vermehrt auch Väter suchen eine Verbindung von Karriere und geglücktem Privatleben und darauf müssen sich Staat und Wirtschaft einstellen.

Zentrale Forderungen der Liberalen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sind: Ein zentrales Manko liegt in Deutschland in der unzureichenden Ausstattung an Kinderbetreuungsangeboten, vor allem im Ganztagsbereich und für unter 3-Jährige. Dabei geht es bei Kindertagesbetreuung zum einen um die Vereinbarkeit von

Familie und Erwerbstätigkeit, zum anderen aber um das Wohl der Kinder. Es geht um frühzeitige qualitativ hochwertige Förderung beispielsweise der sprachlichen, sozialen und emotionalen Kompetenzen, um Erziehung und Bildung, um Integration von Kindern mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen, um Kompensation von sozialen oder intellektuellen Benachteiligungen. Der Aufbau eines flächendeckenden kinder- und elterngerechten Angebotes an *Kindertageseinrichtungen* ist daher von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Gefordert sind *verlässliche Schulzeiten*: Eltern müssen sich sicher sein können, dass ihre Kinder auch bei Stundenausfall bis mittags in der Schule betreut werden. Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht im Zeitrahmen von 7 bis 14 Uhr müssen geschaffen werden. Das Angebot an *Ganztagschulen* zur Unterstützung der Erziehungsarbeit der Eltern und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss bedarfsorientiert und in enger Abstimmung mit den Schulträgern - insbesondere den vorhandenen Hort-Angeboten - ausgebaut werden. Private Initiativen sollen ermutigt und gefördert werden. Eine Ganztagschule als Wurmfortsatz der Vormittagsschule lehnen wir ab.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist ausgesprochen rigide gestaltet. Die dahinter stehende Vorstellung eines möglichst langfristig stabilen Beschäftigungsverhältnisses beim selben Arbeitgeber am selben Ort im gleichen Beruf widerspricht den Anforderungen der heutigen Arbeitswelt. Darüber hinaus bedeutet die mangelnde Flexibilität des Arbeitsmarktes für (potentielle) Eltern: Sie haben kaum eine Chance, ihre Arbeitskraft entsprechend ihrer jeweiligen Lebenssituation auf dem Arbeitsmarkt ganz oder teilweise anzubieten oder auch temporär aus der Arbeitswelt auszusteigen. Eine *höhere Flexibilität des Arbeitsmarktes*, auch durch den Verzicht auf überzogene Schutzbestimmungen, die sich gegen die Beschäftigten kehren, ist dringend erforderlich. Die *Flexibilisierung der Arbeitszeit*, nicht nur in Form von traditionellen starren Teilzeitmodellen, sondern auch mit Jahres- oder Lebensarbeitszeitkonten und anderen kreativen Modellen, die private und betriebliche Bedürfnisse in Einklang bringen, sind oft ein zentraler Schlüssel zur besseren Vereinbarkeit. Eine *Flexibilisierung beim Arbeitsort* durch Modelle wie Teleheimarbeit, Satellitenbüros, Wohnraumarbeit u.a. ist häufig ein Weg, um zu Hause familiären Verpflichtungen trotz Berufstätigkeit nachgehen zu können.

Eine *familienfreundliche Personalpolitik* ist längst nicht mehr als betriebliche Sozialleistung anzusehen, sondern als Teil der zielgruppenspezifischen Personalentwicklung unterschiedlicher Personalgruppen. Sie sind in zukunftsweisenden Firmen schon heute Teil von so genannten „Work-life-Programmen“ zur gelungenen Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Die Palette der familienunterstützenden Maßnahmen ist breit. Zentrale Bedeutung haben Formen der betrieblich geförderten Kinderbetreuung wie Betriebskindergärten, Sicherung von Belegrechten für Mitarbeiter-Kinder in Betreuungseinrichtungen, Beratungs- und Vermittlungsdienste etc. Wichtig sind auch gezielte Programme, die die Rückkehr nach Familienphasen erleichtern, etwa durch Vertretungstätigkeiten und Fort- und Weiterbildungen schon während der Elternzeit. Immer mehr Arbeitgeber erkennen familienfreundliche Personalpolitik als wichtigen Maßnahmenbereich zur Bindung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Kleinere und mittlere Unternehmen organisieren solche Programme erfolgreich in Verbänden. Eine möglichst flächendeckende Ausdehnung solcher Maßnahmen ist zu fördern. Neben der Förderung von Netzwerken und Kooperationen sind Prämierungen, Best-Practice-Initiativen oder auch Gütesiegel vielversprechend. *Ausbildung, Studium und auch Fort- und Weiterbildung* müssen so gestaltet sein, dass sie auch für Menschen mit Familienpflichten zugänglich sind.

## Arbeitsmarkt

Der Abbau von Arbeitslosigkeit setzt insgesamt voraus: Eine durchgreifende *Steuerreform* muss die Steuertarife weiter deutlich senken, eine *Reform der sozialen Sicherungssysteme* die Beitragslast reduzieren und eine *Reform des Arbeitsmarktes und der Tarifordnung* die institutionellen Barrieren abbauen. Gerade eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts ist sozial, denn die bisherigen Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligen die Arbeitslosen. Dabei gilt für die Arbeitsmarktpolitik im Besonderen, dass ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dringend auf Umfang, Wirksamkeit und Effizienz zu überprüfen sind, denn sinnvolle Arbeitsmarktpolitik muss dazu beitragen, mit möglichst geringem Mitteleinsatz Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder möglichst rasch zu beenden. Die Vermittlung und Beratung von Arbeitssuchenden muss neu organisiert und soweit wie möglich privatisiert werden. Die Arbeitsvermittlung wird durch eine Versicherungsanstalt organisiert, die dazu Vermittlungsgutscheine ausgibt. Damit können Arbeitslose einen Arbeitsvermittler ihres Vertrauens beauftragen. Sie gelten für private und für staatliche Vermittler, so dass es einen echten Wettbewerb gibt. Die Arbeitsmarktpolitik hingegen wird durch eine nachgeordnete Bundesbehörde durchgeführt, da arbeitsmarktpolitische Maßnahmen als allgemein sozialpolitische Leistungen ohnehin stärker aus dem Steuerhaushalt zu vergeben und zu kontrollieren sind.

Ähnliche Vorschläge hat nun auch die Hartz-Kommission gemacht, die Kommission fordert den Umbau der Arbeitsämter zu Beschäftigungsagenturen mit dem Ziel der Privatisierung. Jedem der 181 Arbeitsämter soll eine Personal-Agentur angegliedert werden mit dem Auftrag, die Arbeitslosen an Firmen auszuleihen. Wer nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit nicht zur Agentur wechselt, dem könne das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Für die neuen Zeitarbeits-Agenturen sollen Tarifverträge abgeschlossen werden. Wir stimmen dem zu, allerdings ist eine Beschäftigung der Arbeitslosen in subventionierten Zeitarbeits-Agenturen gleichsam als Angestellte der Arbeitsämter fragwürdig und darf nicht zu einer Verdrängung der privaten Zeitarbeitsfirmen oder zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Entscheidend muss sein, dass Arbeitslose tatsächlich an Unternehmen im ersten Arbeitsmarkt ausgeliehen werden.

Die von der Hartz-Kommission vorgesehene Begrenzung des Arbeitslosengeldbezugs auf 12 Monate hat die FDP bereits vor einem Jahr im Bundestag gefordert (mit Sonderregelungen für ältere Arbeitnehmer). Man muss sich auch grundsätzlich fragen, ob es eine überzeugende Begründung dafür gibt, warum es in Deutschland mehrere verschiedene steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen für den selben Tatbestand, nämlich den der Arbeitslosigkeit, gibt. Bislang werden die Kosten wie auf Verschiebebahnhöfen zwischen den Arbeitsämtern und den Kommunen hin- und hergeschoben, das Verfahren ist ineffektiv, für den Empfänger undurchsichtig und für den Steuerzahler zu teuer. Schließlich ist es für die Betroffenen unwürdig, zwei verschiedenen Behörden für den gleichen Zweck jeweils ihre persönlichsten Daten offenbaren zu müssen. Daher muss die vom Bund finanzierte *Arbeitslosenhilfe* und die von den Kommunen finanzierte *Sozialhilfe* zu einem Bürgergeld und damit zu einem System mit einer Leistung, klaren Zuständigkeiten, eingleisigen Verfahren und schlanker Verwaltung zusammengefasst werden. Eine solche - nun auch von der Hartz-Kommission geforderte - Zusammenlegung der Arbeitslosen haben wir bereits vor über einem Jahr dem Bundestag vorgelegt. Für die durch den Wegfall der Arbeitslosenhilfe sowie weiterer Personalkosten ersparten Leistungen muss der *Bund* den Kommunen einen - je nach ihren Aufwendungen - jährlich im Voraus festgelegten Betrag geben, so dass ein Budgetsystem mit dem Anreiz zum sparsamen Haushalten geschaffen wird.

In der Tat gewährleistet die Bildung einer *gemeinsamen Anlaufstelle* für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, dass Beratung, gezieltere Unterstützung, medizinische Dienste, Individuelle Kontaktabahnung mit Unternehmen, Computertraining sowie begleitende Qualifizierung bei der Arbeitssuche mit dem gebündelten Personal des sozialen Sicherungssystems, unterstützt von Sozialarbeitern und Psychologen und unter Einbeziehung von privaten Job-Vermittlern sowie Zeitarbeit, *in einem Haus* stattfinden kann.

Die Hartz-Kommission schlägt eine Deregulierung der Zeitarbeit vor. So soll das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Bauhauptgewerbe aufgehoben, eine mehrfache Entleihung an den gleichen Kunden ermöglicht und die gleiche Entlohnung von Leiharbeitern und Stammebelegschaften vom ersten Tag an sichergestellt werden. So vage die Vorschläge der Hartz-Kommission bislang sind, so ist aus Sicht der FDP jegliche Deregulierung der Zeitarbeit zu begrüßen.

Die Bundesregierung hat in dieser Wahlperiode die 630-DM-Jobs abgeschafft und dadurch hunderttausenden von Bürgern eine Möglichkeit des Hinzuverdienens genommen, eine enorme Zunahme der Schwarzarbeit ist die Folge. Nun hat die Hartz-Kommission mit dem Modell einer „Ich-AG“ für Arbeitslose eine erhebliche Privilegierung dieser Beschäftigungsform mit einem Zuverdienst von bis zu 1 667 Euro im Monat zusätzlich zur Arbeitslosenunterstützung vorgeschlagen. Um den Niedriglohnsektor insgesamt attraktiver zu machen und die Lohnzusatzkosten zu senken, ist es vorzuziehen, die Schwelle, von der an die volle Steuer- und Abgabepflicht greift, von 325 auf 630 Euro zu erhöhen und zur Pauschalversteuerung in Höhe des Eingangssatzes der Einkommensteuer zurückzukehren. Die Sozialversicherungspflicht für diese geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist abzuschalten. Als Anreiz für Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im Haushalt und bei familienbezogenen Dienstleistungen muss eine steuerliche Absetzbarkeit in Privathaushalten wieder eingeführt werden.

Aber man muss sich grundsätzlich fragen, ob es eine überzeugende Begründung dafür gibt, warum es in Deutschland mehrere, verschiedene steuerfinanzierte Fürsorgeleistungen für den selben Tatbestand, nämlich den der Arbeitslosigkeit, gibt. Bislang werden die Kosten wie auf Verschiebebahnhöfen zwischen den Arbeitsämtern und den Kommunen hin- und hergeschoben, das Verfahren ist ineffektiv, für den Empfänger undurchsichtig und für den Steuerzahler zu teuer. Schließlich ist es für die Betroffenen unwürdig, zwei verschiedenen Behörden für den gleichen Zweck jeweils ihre persönlichsten Daten offenbaren zu müssen. Daher muss die vom Bund finanzierte *Arbeitslosenhilfe* und die von den Kommunen finanzierte *Sozialhilfe* zu einem Bürgergeld und damit zu *einem* System mit einer Leistung, klaren Zuständigkeiten, eingetragenen Verfahren und schlanker Verwaltung zusammengefasst werden. Für die durch den Wegfall der Arbeitslosenhilfe sowie weiterer Personalkosten ersparten Leistungen muss der Bund den Kommunen einen - je nach ihren Aufwendungen - jährlich im Voraus festgelegten Betrag geben, so dass ein Budgetsystem mit dem Anreiz zum sparsamen Haushalten geschaffen wird.

### **Den Staat handlungsfähig machen**

Den Staat handlungsfähig zu machen, bedeutet aus Sicht der FDP: raus aus der Schuldenfalle. Daher ist jeder Forderung nach zusätzlichen Schulden eine klare Absage zu erteilen. Die Haushaltskonsolidierung ist aus Sicht der FDP die große finanzpolitische Herausforderung in den nächsten Jahren. Angesichts eines stetigen Bevölkerungsrückgangs ist eine solide Fi-

finanzpolitik dringlicher denn je. Bei sinkender Zahl der Steuerzahler verteilen sich die Schulden auf immer weniger Bürger. Daher muss es vorrangiges Ziel sein, die Erwerbsquote zu erhöhen und mit wachstumsstimulierenden Maßnahmen wie einer Steuersenkung, Arbeitsmarktderegulierung und einer Reform der sozialen Sicherungssysteme für den Aufschwung in Deutschland zu sorgen. Wer wie Deutschland beim Wachstum Schlusslicht innerhalb der EU ist, muss politisch gegensteuern. Daher sieht die FDP in diesem Maßnahmenbündel einen wichtigen Beitrag und eine Grundvoraussetzung für den dringend benötigten Aufschwung - auch vor dem Hintergrund der Sanierung der Staatsfinanzen. Allerdings sind Haushaltskonsolidierung und Steuersenkung ohne Ausgabenbegrenzung wenig realistisch. Daher ist es mit Blick auf den Bundeshaushalt auch das Gebot der Stunde, die Investitionen nicht noch weiter zu reduzieren. Mit einem Anteil von gerade einmal zehn Prozent am Bundeshaushalt bedeutet dies in der Tat ein historisches Tief. Doch ist der Weg über eine höhere Verschuldung zum Zwecke höherer Investitionsausgaben falsch. Betrachtet man die Konsumausgaben mit einem Anteil von rd. 223 Mrd. Euro am Gesamthaushalt des Bundes, so gilt es, hier den Hebel anzusetzen. Die konsumptiven Ausgaben müssen gekürzt und Umschichtungen vorgenommen werden. Angesichts eines sukzessiven Aufwuchses der sozialen Sicherungsleistungen - zum jetzigen Zeitpunkt gut 41 Prozent des Bundeshaushalts - liegt hier der größte monetäre Sprengstoff. Wer nicht will, dass es zu einem Kollaps der Finanzen kommt, muss die sozialen Sicherungssysteme auf den Prüfstand stellen. Denn nur ein finanziell gesunder Staat kann ein handlungsfähiger Staat sein.

### **Gesundheitssystem**

Auf die gesetzliche Krankenversicherung kommen in den nächsten Jahren große Herausforderungen aufgrund des größer werdenden Anteils älterer Menschen, des medizinischen Fortschritts, steigender Ansprüche und sinkender Beitragseinnahmen zu. An einer grundlegenden Reform führt deshalb kein Weg vorbei. Wir müssen den Menschen klar machen, dass sie nicht die Wahl haben zwischen immer mehr, immer teureren und immer besseren Leistungen bei konstant bleibenden oder sogar sinkenden Beiträgen. Es geht vielmehr um die Entscheidung, ob die Bevölkerung bereit ist, für eine bessere Gesundheitsversorgung auch mehr Geld auszugeben. Die Liberalen wollen das so weit wie möglich in die Entscheidung des Einzelnen geben. Deshalb soll die über Zwangsbeiträge finanzierte Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) nur die medizinisch wirklich notwendigen Leistungen versichern, diese dann aber auch ohne Rationierungen. Wenn parallel hierzu eine große Steuerreform verabschiedet wird, wie sie die FDP vorschlägt mit Steuersätzen von 0, 15, 25 und 35 Prozent und die Menschen dadurch mehr Geld in ihrem Portemonnaie behalten, haben sie Freiräume selbst zu entscheiden. Versicherungsfremde Leistungen gehören per se nicht in das gesetzliche Krankenversicherungssystem.

Wir müssen den Mut zum Umsteuern haben und zwar nicht in Richtung Staatsmedizin, sondern in Richtung Freiheitlichkeit, Wettbewerb, Transparenz und Freiberuflichkeit. Das heißt:

- Wir brauchen mehr Flexibilität, denn jeder Mensch ist anders und jeder Patient auch.
- Wir müssen die Patienten und Versicherten mit ihren Ängsten und Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen und nicht die Funktionäre.
- Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, ihren Krankenversicherungsschutz selbst zu gestalten. Manch einer möchte gern einen höheren Selbst-

behalt abschließen, dafür aber weniger Beiträge bezahlen. Manch einer möchte, dass ihm Beiträge zurückerstattet werden, wenn er geringe Arztrechnungen aus eigener Tasche bezahlt. Manch einer möchte die komplette Palette dessen abgesichert haben, was zurzeit in der Gesundheitsversorgung möglich ist - also auch naturheilkundliche Verfahren, den Besuch beim Heilpraktiker und beim Wunderheiler usw. Das kostet dann natürlich unter Umständen auch entsprechend mehr.

- Wir brauchen mehr Informationen für diejenigen, die etwas über ihre Krankheit erfahren wollen oder die wissen wollen, welcher Arzt der beste für sie ist.
- Wir brauchen mehr Transparenz über das, was die medizinische Versorgung im Einzelnen kostet. Das macht man am besten über das Verschicken von Rechnungen im Rahmen der Kostenerstattung.
- Wir dürfen nicht diejenigen vergessen, die die ganze Arbeit im Gesundheitswesen machen: die Ärzte, die Zahnärzte, die Masseur und Krankengymnasten, die Pflegenden. Sie müssen wieder Spaß an ihrer Arbeit gewinnen und dürfen nicht im Wust bürokratischer Vorschriften ersticken.
- Wir brauchen mehr Wettbewerb, damit die Kreativität der Beteiligten dazu führt, dass qualitativ gute, möglichst preiswerte Lösungen zustande kommen.
- Wir müssen endlich akzeptieren, dass der Gesundheitsmarkt ein Wachstumssektor ist, denn die Menschen wollen das. Allerdings dürfen Wünsche, die über das medizinisch wirklich Notwendige hinausgehen, nicht aus Zwangsbeiträgen finanziert werden und sie dürfen auch nicht die Lohnkosten belasten und damit die Arbeitsplätze in Deutschland. Deshalb brauchen wir eine Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags als Bestandteil des Lohns.
- Wir müssen endlich Schluss machen mit den starren gesetzlichen Budgetvorgaben, denn sie spiegeln nicht das wider, was die moderne Medizin zu bieten hat.
- Wir brauchen mehr Anreize für alle Beteiligten, sich kostenbewusst zu verhalten. Je höher die Selbstbeteiligung, desto niedriger kann der Krankenversicherungsbeitrag sein. Natürlich dürfen wir nicht vergessen, dass es Menschen gibt, die so wenig Geld haben, dass sie sich die Selbstbeteiligung nicht leisten können. Für sie muss es Ausnahmen geben, damit jeder Bürger nicht nur einen Anspruch auf eine gute medizinische Versorgung hat, sondern sie auch tatsächlich erhält.
- Wir wollen, dass die Möglichkeiten der Prävention frühzeitig genutzt werden. Bewegungsstunden in Kindergärten und Schulen, eine Kultur der Gesundheitsförderung und der Schaffung gesundheitserhaltender Arbeitsplätze in den Betrieben, Ernährungsberatung und das Schaffen von Freude an einem gesundheitsbewussten Leben sind für die Steigerung der Lebensqualität wichtige Elemente.
- Wir müssen darüber hinaus dafür Sorge treffen, dass immer weniger junge Menschen immer mehr alte Menschen in erheblichem Umfang subventionieren. Wenn wir hier nicht jetzt etwas tun, z. B. mit dem Aufbau einer zweiten kapitalgedeckten Säule privater Absicherung, dann laufen die jungen Leute aus der Verantwortung für das System davon.

### **Arbeitsrecht**

Die FDP-Bundestagsfraktion hat in der 14. Wahlperiode des Deutschen Bundestages umfassende Vorschläge für Reformen auf dem Arbeitsmarkt vorgelegt. Die FDP stellt dabei die Interessen der Millionen Arbeitnehmer in den Vordergrund, die auf dem Arbeitsmarkt schwer oder gar keinen Arbeitsplatz finden. Alle bedeutenden Wirtschaftsinstitute in

Deutschland, die EU-Kommission, die OECD, der IWF und die Weltbank machen für die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland die Überregulierungen am Arbeitsmarkt verantwortlich. Die FDP setzt sich daher für wirkliche, strukturelle Reformen auf dem Arbeitsmarkt ein. Wir wollen keine Arbeitnehmerrechte beschneiden. Aber wir wollen auch Chancen eröffnen. Und wir Liberale haben den Mut, auch die Wahrheit sagen: Unsere Arbeitsmarktbedingungen sind nun einmal zu starr und zu unflexibel, um wieder mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Die FDP fordert, den *gesetzlichen Kündigungsschutz* durch ein Optionsmodell zu ergänzen. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sollen beim Abschluss eines Arbeitsvertrages entscheiden können, ob sie entweder Kündigungsschutz im Sinne des Paragraphen 1 Kündigungsschutzgesetz oder aber im Fall arbeitgeberseitiger Kündigung eine festgeschriebene Abfindung oder eine Qualifizierungsabrede vereinbaren wollen. Gerade eine Qualifizierungsabrede könnte dem Arbeitnehmer die Möglichkeit bieten, durch dauernde Qualifizierungsmaßnahmen seine Fähigkeiten und Kenntnisse zu mehren.

Die kleinen und mittleren Betriebe und Unternehmen in Deutschland benötigen eine mittelstandsfreundliche Reform des *Betriebsverfassungsgesetzes*. Die FDP will die Betriebsautonomie stärken und durch Öffnungsklauseln in der Betriebsverfassung ermöglichen, dass jeder Betrieb, wenn 75 Prozent der Mitarbeiter zustimmen, betriebsnahe Vereinbarungen abschließen kann. Notwendig ist in diesem Zusammenhang auch die Steigerung der Effektivität beim Einigungsstellenverfahren und die Möglichkeit, den Unternehmen ein vorläufiges Entscheidungsrecht bei streitigen Mitbestimmungsverfahren einzuräumen.

Das deutsche *Tarifrecht* ist dringend reformbedürftig. Die Tarifvertragsparteien haben in den letzten Jahren nicht in ausreichendem Maße den neuen Flexibilitätsanforderungen in den Tarifverträgen Rechnung getragen. Die betrieblichen Bündnisse für Arbeit müssen über eine Ergänzung des Günstigkeitsprinzips legalisiert werden. Wir Liberale vertrauen hierbei den Betriebsräten vor Ort, die in Krisensituationen mit den Betrieben und Unternehmen eine tragfähige Lösung vereinbaren können sollen.

Wir Liberale wollen unser Land voranbringen, für mehr Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit und ohne die soziale Balance aus den Augen zu verlieren. Die FDP nimmt das Angebot des DGB für eine konstruktive Zusammenarbeit in der 15. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gerne an.